GLOBAL 25.03.2020 | Michael von der Schulenburg

Ende mit Schrecken

Der Nato-Einsatz in Afghanistan war ein Fiasko. Die Art des Rückzugs ist es auch. Das wird dramatische Folgen für die Welt haben.

Während die Welt im Bann einer dramatischen Corona-Pandemie steht und dies Fragen zur Globalisierung aufwirft, könnte, obwohl kaum beachtet, der bevorstehende Abzug der NATO aus Afghanistan unsere Welt geopolitisch noch tiefgreifender verändern.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Ereignisse in diesem verarmten, abgelegenen und weithin unbekannten (aber wunderschönen) Land zum zweiten Mal in unserer Zeit eine weltpolitische Zeitenwende einzuläuten scheinen. 1989 musste die mächtige Rote Armee aus Afghanistan abziehen. Nach 10 Jahren Krieg akzeptierte die Sowjetunion, dass sie gescheitert war, mit militärischer Gewalt ihr kommunistisches politisches System durchzusetzen. Diese Niederlage hatte weitreichende Folgen. Im gleichen Jahr fiel die Berliner Mauer, und zwei Jahre später gab es dann keinen Warschauer Pakt, keine Sowjetunion, ja keine kommunistische Welt mehr. Es war das Ende des Kalten Krieges; die Welt war eine andere geworden.

Dreißig Jahre später werden NATO-Truppen aus Afghanistan abziehen. Nach fast 20 Jahren Krieg muss die NATO akzeptieren, dass es nicht möglich war, dort militärisch ein westliches politisches System durchzusetzen. Sicherlich werden die Konsequenzen für den Westen nicht so dramatisch wie für die Sowjetunion. Aber doch bedeutet der NATO-Rückzug aus Afghanistan das Ende einer vom Westen dominierten Ära nach dem Ende des Kalten Krieges; seine einstige globale Vormachtstellung ist gebrochen. In absehbarer Zukunft wird es kaum noch derartige militärische Interventionen des Westens geben. Es sind nun andere Staaten, die militärisch intervenieren, um eigene nationale Interessen zu verfolgen. Die Welt ist wiederum eine andere geworden.

Und da ist noch eine fundamentale Veränderung, die durch den Afghanistankrieg deutlich geworden ist: Es sind nicht mehr zwischenstaatliche Kriege oder gar „Kalte Kriege“ zwischen militärischen

Allianzen, sondern bewaffnete Konflikte mit und unter nicht-staatlichen Akteuren, die nun unsere globale Sicherheitslage bestimmen. Und für diese haben wir keine Antworten; ein militärisches Aufrüsten nutzt uns da wenig.

Es sind nicht mehr zwischenstaatliche Kriege oder gar „Kalte Kriege“ zwischen militärischen Allianzen, sondern bewaffnete Konflikte mit und unter nicht-staatlichen Akteuren, die nun unsere globale Sicherheitslage bestimmen.

Mit dem im Februar unterzeichneten „Abkommen zum Frieden in Afghanistan“ haben die Vereinigten Staaten die Reißleine gezogen. Der Krieg war schon lange nicht mehr zu gewinnen. Bereits Obama hatte 2008 angekündigt, ihn beenden zu wollen, hatte aber letztlich nicht den Mut, der unangenehmen Realität eines verlorenen Krieges ins Auge zu sehen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass dieses Abkommen den lang ersehnten Frieden bringen wird. Es ist eher ein Abkommen, um den US-Truppen zu erlauben, relativ geordnet bis 2021 abziehen zu können. Die anderen 38 NATO-Verbündeten werden dem zwangsläufig folgen müssen. Das Abkommen ist das Eingeständnis einer Niederlage. Und es ist eine Niederlage, deren Bedeutung weit über Afghanistan hinausgehen wird. Dafür gibt es vier Gründe:

Erstens ist es eine Niederlage super-moderner westlicher Armeen gegen einen schlecht bewaffneten nicht-staatlichen Akteur. Während die Anzahl der Taliban-Kämpfer auf nie mehr als 40 000 bis 60 000 geschätzt wurde, standen unter NATO-Kommando zwischen 2009 und 2011 bis zu 200 000 ausländische Soldaten (inklusive westlicher Sicherheitsfirmen). Die NATO hat die vollkommene Lufthoheit und setzte alles ein, was es an konventioneller Militärtechnologie gibt. Ein viel gehörter Vorwurf, dass Pakistans Unterstützung der Taliban entscheidend zur westlichen Niederlage beigetragen habe, scheint lächerlich. Verglichen mit den NATO-Verbündeten dürfte das Bruttosozialprodukt (BSP) Pakistans nicht einmal 1 Prozent betragen.

Allein die Kosten des Afghanistankrieges für die USA werden zwischen 2001 und 2017 auf 2,4 Billionen US-Dollar geschätzt. Es gibt keine vergleichbaren Angaben für die anderen 38 NATO-Verbündeten. Aber es wäre wohl nicht allzu vermessen anzunehmen, dass die Gesamtkosten des Krieges bis zu einem endgültigen Abzug vier Billionen US-Dollar erreichen könnten. Das würde dem Doppelten des jährlichen BSP des

gesamten afrikanischen Kontinents entsprechen. Was hätte man mit solchen Beträgen alternativ machen können; gerade mit Blick auf die Flüchtlingsströme?

Zweitens ist es eine Niederlage der Strategie, solche Kriege durch Ausbildung, Ausrüstung und Einsatz lokaler Sicherheitskräfte zu gewinnen. Die Stärke der afghanischen Armee, Polizei und anderer Sicherheitskräfte wird auf 350 000 geschätzt. Sie werden von der NATO nicht nur ausgerüstet und trainiert, sondern auch alle Gehälter vom Soldaten und Polizisten bis hin zu den Offizieren werden gänzlich von NATO-Verbündeten bezahlt.

Obwohl die afghanischen Sicherheitskräfte zahlenmäßig und in ihrer Ausrüstung den Taliban hoch überlegen sein sollten, verlieren sie kontinuierlich Territorium. Was aber passiert erst, wenn nach dem Abzug der NATO keine Gehälter mehr ausbezahlt werden? Sich auflösende Sicherheitskräfte würden dann zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko in Afghanistan.

Drittens ist es eine Niederlage der NATO. Noch zu ihrem 70. Jahrestag wurde die NATO als die erfolgreichste Militärallianz der Menschheitsgeschichte gelobt. Nur zwei Jahre später muss sie diese Niederlage ihres größten Auslandseinsatzes gegen einen militärisch und zahlenmäßig weit unterlegenen Gegner eingestehen. Hinzu kommen noch Fragen über den inneren Zusammenhalt der NATO. Wichtige NATO-Mitglieder wie Frankreich und Kanada sind bereits vor Jahren aus diesem Krieg ausgestiegen.

Es ist eine Niederlage des Versuchs, autoritäre und rückständige Regime militärisch zu beseitigen, um damit den Weg für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliches Wachstum freizumachen.

Es ist bezeichnend, dass die Verhandlungen mit den Taliban nicht von der NATO, sondern von den USA im Alleingang geführt wurden. Es ist sogar wahrscheinlich, dass NATO-Länder dabei weder informiert noch gefragt wurden. Da ist nicht viel von einer Allianz.

Viertens ist es eine Niederlage des Versuchs, autoritäre und rückständige Regime militärisch zu beseitigen, um damit den Weg für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliches Wachstum freizumachen. Es ist eher wahrscheinlich, dass dieser Versuch, wie nach anderen Interventionen auch, in einem Chaos endet. Der von uns mit vielen Milliarden Dollar aufgebaute Staat scheint bereits in der Auflösung. Die

Wahlen sind zur Farce verkommen, die Regierung ist durch inter-ethnischen Konflikte zerrissen, und ein Fehlen an Rechtssicherheit hat Warlords, Drogenbossen und der Korruption Tür und Tor geöffnet. Schlimmer noch, Afghanistan hat nun zwei Gegen-Präsidenten.

Bei den Verhandlungen der USA mit den Taliban spielte die Regierung keine Rolle. Im Gegenteil, man hat den Eindruck, dass die USA nun eher auf die Taliban setzten, um den Einfluss von al-Qaida oder des IS in Afghanistan zurückzudrängen.

Die Bundesregierung scheint solche Überlegungen einfach auszublenden. In ihrem letzten Bericht zu Afghanistan an den Bundestag von 2019 kam sie zu dem Schluss, dass Deutschland sein „diplomatisches, ziviles und militärisches Engagement in Abstimmung mit ihren Partnern in bestehendem Umfang fortsetzen sollte“. Der Bericht scheint sogar zu suggerieren, dass das militärische Engagement der NATO auch ohne die USA fortgesetzt werden könne: „Unter diesen Umständen wäre dann in Abstimmung mit den Partnern zu prüfen, ob und wie sich eine solche Entscheidung der USA durch Umverteilung der Lasten innerhalb des Bündnisses kompensieren ließe“. Das klingt fast so, als wolle Deutschland nach Abzug der USA die Führung der NATO in Afghanistan übernehmen.

Nirgends in dem Bericht der Bundesregierung gibt es auch nur den Hauch eines Zweifels am Sinn oder an der Durchführung des deutschen Militäreinsatzes.

Nirgends in dem Bericht der Bundesregierung gibt es auch nur den Hauch eines Zweifels am Sinn oder an der Durchführung des deutschen Militäreinsatzes. Auch müssen wir uns die Frage stellen, warum Afghanen eine Kollektivschuld für die Terrorangriffe vom 11. September 2001 bezahlen mussten. Es war doch kein einziger Afghane an den 9/11-Terrorangriffen beteiligt. Sie sind auch nicht in Kabul oder Kandahar, sondern in Hamburg geplant worden. Und doch haben Afghanen mit mindestens 160 000 Kriegstoten, unzähligen Kriegsversehrten, 2,5 Millionen Binnenvertriebenen und 2,7 Millionen Flüchtlingen einen sehr hohen Preis dafür gezahlt – und sie werden diesen auch in Zukunft noch zahlen müssen. Nach UNHCR-Angaben sind Afghanen – und nicht Syrer – heute die größte Gruppe, die in Europa um Asyl ersucht.

Wie können wir da noch Auslandseinsätze der Bundeswehr mit der Parole rechtfertigen, dass Deutschland „mehr Verantwortung zeigen“

solle? Welche Lehren ziehen wir aus dem Afghanistan-Fiasko für andere militärische Einsätze, welche für die Ausbildungsmissionen, und wie sehen wir steigende deutsche Waffenexporte in Krisenregionen? Während andere Länder sich zurückziehen, scheint bei uns der Glaube an den Sinn von Bundeswehreinsätzen in Kriegsregionen ungebrochen. Wie sind sonst die jüngsten Vorschläge zu erklären, die Bundeswehr in Syrien und Libyen einzusetzen?

Nach all den Fanfaren mit denen die Bundeswehr 2001/2002 nach Afghanistan gezogen ist, um am Hindukusch die Demokratie zu verteidigen, die Afghanen vom Joch der Taliban zu befreien und Afghanistan in ein blühendes Land nach unserem Vorbild zu verwandeln, hören wir nun über das unrühmliche Ende dieser militärischen Intervention von der Regierung und in den Medien fast nichts. Vielleicht sollte Deutschland anfangen, „mehr Verantwortung“ ganz anders zu verstehen.



Michael von der Schulenburg
Wien

Michael von der Schulenburg hat 30 Jahre für die Vereinten Nationen und vier Jahre für die OSZE in leitenden Funktionen in Konfliktländern gearbeitet. Für beide Organisationen hat er über die politischen Entwicklungen seiner Einsatzländer und über das Thema Peacebuilding geschrieben.